

Antwort der Politiker auf die Briefe und Schreiben Contergangeschädigter:

Dr. Dieter Wiefelspütz MdB, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Inhalt:

Sehr geehrter Herr F.....

Herr Dr. Wiefelspütz dankt Ihnen für Ihren Brief vom 29.11.2007 zur Entschädigung für Contergan-Opfer. Er hat mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, dass er den Brief an die Arbeitsgruppe „Familie“ der SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet hat. Die Bundes-Gelder für die Stiftung werden aus dem Haushaltstitel 17 des Bundes-Familienministerium bezahlt

Mit freundlichen Grüßen

Lotti Lietzmann

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderte Menschen

Der Inhalt:

Berlin, den 13.12.2007

Sehr geehrter Herr F.....

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29.11.2007 an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderte Menschen, Karin Evers-Meyer.

Um eine Stellungnahme abgeben zu können, sind noch Erörterungen, insbesondere mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erforderlich. Hierfür bitte ich um Verständnis.

Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, wurde das Anliegen der durch Contergan geschädigten Menschen am 12.12.2007 sowohl dem Gesundheitsausschuss als auch dem Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages behandelt.

Dabei haben sich Abgeordnete aller Fraktionen dafür ausgesprochen, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Es wurde aber auch betont, dass erwartet werde, dass die Firma Grünenthal sich hieran beteiligt.

Die Behindertenbeauftragte wird sich in die Beratungen einbringen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Bettina Freund

Der Inhalt:

Berlin, den 17.12.2007

Sehr geehrter Herr.....

für Ihr Schreiben an Herrn Dr. Westerwelle, in dem Sie die Situation der Contergangeschädigten und die Notwendigkeit einer Verbesserung ihrer Situation darlegen, danke ich Ihnen auch im Namen meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat aufgrund der zahlreichen Schreiben, die uns erreicht haben einen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums über die Situation der Contergangeschädigten angefordert. Dieser Bericht, der im Hinblick auf die Zuständigkeit für die Conterganstiftung federführend vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt worden ist, ist am 12.12.2007 auf Wunsch der FDP im Gesundheitsausschuss diskutiert worden.

Es hat sich herausgestellt, dass auch die Bundesregierung Handlungsbedarf sieht. Sie erkennt an, dass die durch Spätfolgen eingetretenen bzw. noch zu erwartenden Schäden, die im Laufe der Jahre mühsam erkämpfte Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen bzw. erheblich bedrohen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat auf der Fachebene bereits Kontakt mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgenommen, um im Rahmen einer ressortübergreifende Arbeitsgruppe Lösungsmöglichkeiten für die auch von Ihnen geschilderten Problemen zu entwickeln.

Darüber hinaus soll der Versuch unternommen werden, Die Firma Grünenthal GmbH und andere Firmen der Arznei- und Pharmaindustrie als Zustifter zu gewinnen, um auf diese Weise das finanzielle Volumen der Stiftung so zu erhöhen, dass die durch Spätfolgen Verursachten Beeinträchtigungen der Betroffenen finanziell gemindert werden können.

Die FDP wird diese Bestrebungen der Ministerium auch durch weitere Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen begleiten und in den anstehenden Gesprächen deutlich machen, wie wichtig es ist, eine gute Lösung für die Betroffenen zu finden.

Mit freundlichen Grüßen und Wünsche für ein frohes Fest!

Axel Schäfer (Bochum) Mitglied des Deutschen Bundestages, Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

vom 20.12.2007

Ihr Schreiben vom 29. November 2007 zur Situation Contergangeschädigter

Sehr geehrter Herr .,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. November 2007, in dem Sie mich bitten, mich für eine Anhebung der monatlichen Entschädigung für Contergan-Geschädigte einzusetzen.

Im Dezember 1971 setzte die Bundesregierung mit der Errichtung der Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ eine abschließende Regelung der finanziellen Aufarbeitung der Contergan-Katastrophe. Die Stiftung wurde per Gesetz als öffentlich-rechtliche Stiftung errichtet und mit einem Stiftungskapital in Höhe 100 Mio. DM plus Zinsen der Firma Chemie Grünenthal GmbH sowie 100 Mio. DM Bundesmitteln ausgestattet. Angesichts der Tatsache, dass die Betroffenen inzwischen älter geworden sind, wurde der Name der Stiftung im Jahr 2005 per Gesetz geändert in „Conterganstiftung für behinderte Menschen“ (ContstifG).

Das Gründungsvermögen der Stiftung einschließlich der Aufstockungen ist seit 1997 in Bezug auf die Erbringung von Rentenzahlungen und Kapitalentschädigungen an Contergangeschädigte aufgebraucht. Seitdem fließen die Mittel für diese Leistungen in voller Höhe aus dem Bundeshaushalt. Allein 2007 waren dies 15.066 Mio. Euro.

Die Stiftung betreut derzeit 2.872 contergangeschädigte Personen. Je nach Schwere des Schadens erhalten die Geschädigten eine einmalige Kapitalentschädigung bzw. lebenslängliche Rente, gestaffelt entsprechend dem Schweregrad der Schädigung. Die Beträge liegen aktuell zwischen 121 € und 545 €. Wie auch Sie es in Ihrem Brief beschreiben, ist die Lebenssituation der nunmehr im mittleren Erwachsenenalter befindlichen Contergangeschädigten vor allem durch Folge- und Spätschäden geprägt, die durch unphysiologische Belastung von Gelenken und Muskulatur entstanden sind, was zu Schmerzzuständen und bei Berufstätigen zur Frühverrentung mit erheblichen Einbußen für Altersversorgung und gesellschaftliche Teilhabe führen kann. Es ist anzunehmen, dass die durch Spätfolgen eingetretenen bzw. noch zu erwartenden Schäden die im Laufe der Jahre mühsam erkämpfte Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen bzw. erheblich bedrohen.

Ich stimme Ihnen zu, dass die monatliche finanzielle Unterstützung für Contergan-Geschädigte zu gering ist. Ebenso bin ich der Auffassung, dass die Firma Grünenthal eine moralische Verpflichtung hat, welcher sie nachkommen muss.

Ich habe mich mit Ihrem Schreiben auch an die Fachexperten der SPD-Bundestagsfraktion gewandt. Die SPD-Bundestagsfraktion ist hinsichtlich Ihres Anliegens bereits sensibilisiert und sieht hier ebenso akuten Handlungsbedarf. Wir setzen uns daher für eine Aufstockung der Leistungen für Contergan-Geschädigte ein. Mehrere Gespräche mit der Firma Grünenthal haben bereits zu dieser Thematik stattgefunden. Es ist nunmehr beabsichtigt, im Rahmen einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Auch die Bundesregierung ist sich ihrer mit Gründung der Stiftung Ende 1971 übernommenen Verantwortung gegenüber den Betroffenen bewusst und wird dieser

Verantwortung auch weiterhin gerecht. Als das für die Aufsicht der Conterganstiftung zuständige Ressort arbeitet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sehr eng mit dem Vorstand und dem Stiftungsrat der Conterganstiftung zusammen, in dem auch der Bundesverband Contergangeschädigter e.V. vertreten ist.

Im Oktober dieses Jahres hat bereits ein Gespräch zwischen Vertretern des BMFSFJ und Mitgliedern des Bundesvorstandes Contergangeschädigter sowie Vertretern einzelner Landesvorstände stattgefunden. Anlass waren der Wechsel der Zuständigkeit in der Fachabteilung sowie laufende Überlegungen zur Effizienzsteigerung der Stiftungsarbeit. Das Gespräch wurde mit dem Ziel geführt, ein authentisches Bild von der aktuellen Situation und den Bedürfnissen Contergangeschädigter zu gewinnen und Möglichkeiten der Unterstützung auch über die Zuständigkeit der Stiftung hinaus zu prüfen. Im Ergebnis dieses Gesprächs wurde dem Ministerium ein Forderungskatalog zugeleitet. Neben konkreten Vorstellungen zu finanziellen Leistungen auf Grundlage der Stiftung finden sich Forderungen mit Bezug auf Zuständigkeiten verschiedener Ressorts. Ein weiteres Gespräch ist für Ende Januar 2008 vereinbart.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass es baldmöglichst zu Verbesserungen in der Unterstützung Contergan-Geschädigter kommt und wünsche Ihnen frohe Weihnachtstage.

Für ein persönliches Gespräch stehe ich gerne zur Verfügung.

Ulrike Flach Mitglied des Deutschen Bundestages, Obfrau der FDP Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss

Technologiepolitische Sprecherin

vom 02.01.2008

Sehr geehrter Herr .,

für Ihr Schreiben, in dem Sie die Situation der Contergangeschädigten und die Notwendigkeit einer Verbesserung Ihrer Situation darlegen, danke ich Ihnen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat aufgrund der zahlreichen Schreiben, die uns erreicht haben, einen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums über die Situation der Contergangeschädigten angefordert. Dieser Bericht, der im Hinblick auf die Zuständigkeit für die Conterganstiftung federführend vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt worden ist, ist am 12. Dezember 2007 auf Wunsch der FDP im Gesundheitsausschuss diskutiert worden. Es hat sich herausgestellt, dass auch die Bundesregierung Handlungsbedarf sieht. Sie erkennt an, dass die durch Spätfolgen eingetretenen bzw. noch zu erwartenden Schäden, die im Laufe der Jahre mühsam erkämpfte Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen bzw. erheblich bedrohen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat auf der Fachebene bereits Kontakt mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgenommen, um im Rahmen einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Lösungsmöglichkeiten für die auch von Ihnen geschilderten Probleme zu entwickeln. Darüber hinaus soll der Versuch unternommen werden, die Firma Grüenthal GmbH und andere Firmen der Arznei- und Pharmaindustrie als Zustifter zu gewinnen, um auf diese Weise das finanzielle Volumen der Stiftung so zu erhöhen, dass die durch Spätfolgen verursachten Beeinträchtigungen der Betroffenen finanziell gemindert werden können.

Die FDP wird diese Bestrebungen der Ministerien auch durch weitere Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen begleiten und in den anstehenden Gesprächen deutlich machen, wie wichtig es ist, eine gute Lösung für die Betroffenen zu finden.

ein Antwortschreiben der Bündnis90/Die Grüne Info Service ohne Namen

Sehr geehrter Herr .,

vielen Dank für Ihren Brief, in dem Sie für eine Erhöhung der Opfergeldzahlungen an überlebende Contergangeschädigte plädieren.

Bündnis 90/Die Grünen fordern ebenfalls von der Firma Grünenthal, auf die Opfer des Medikamentenskandals zuzugehen. Anliegend schicke ich Ihnen eine Erklärung von Biggi Bender, der gesundheitspolitischen Sprecherin und Markus Kurth, dem behindertenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion.

Appell an die Firma Grünenthal

13.11.2007: Die monatliche Rente aus der Contergan-Stiftung wird den heutigen Belastungen der Betroffenen nicht mehr gerecht. Grünenthal muss sich bewegen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme erklären Biggi Bender als gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen und ich in meiner Funktion als sozial- und behindertenpolitischer Sprecher:

Die monatliche Rente aus der Contergan-Stiftung wird den heutigen Belastungen der Betroffenen nicht mehr gerecht. Die hohe Selbständigkeit, die die Contergan-Opfer glücklicherweise erlangten, bezahlten sie oft mit einer starken Überlastung der Gelenke, der Muskulatur und des Skeletts. Aufgrund der gesundheitlichen Folgeschäden können heute viele betroffene Frauen und Männer nicht mehr ihren Berufen nachgehen. Sie müssen von daher lange vor dem Rentenbeginn eine Erwerbsunfähigkeits- oder Erwerbsminderungsrente beantragen.

Das Unternehmen Grünenthal ist mit dem Vergleich im Jahr 1971, bei dem sie 110 Millionen D-Mark in den deutschen Contergan-Fonds einzahlte, aus heutiger Sicht betrachtet, glimpflich davon gekommen. Mit diesem Vergleich wurden die juristischen Fragen damals abschließend geklärt. Dennoch sehen wir von Bündnis 90/Die Grünen das Unternehmen Grünenthal in der Pflicht. Entschädigungszahlungen lägen heute in ganz anderen Dimensionen. Hinzu kommt, dass man damals nur sehr wenige Erfahrungen mit den körperlichen Funktionseinschränkungen eines/einer Contergan-Geschädigten hatte. Es war kaum abzuschätzen, wie sich die Gesundheit der Betroffenen in ihrem weiteren Leben entwickelt.

Die Firma Grünenthal ist heute ein florierendes Unternehmen, dessen Eigentümer ein sehr großes Vermögen haben. Wir fordern Grünenthal von daher auf, sich den neuen Erkenntnissen zu stellen und im Sinne der Betroffenen ein freiwilliges Zeichen zu setzen.

Verbesserungen der Situation der Contergan-Geschädigten

Ihr Schreiben vom 29. November 2007

Sehr geehrter Herr .,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. November 2007. Sie haben in klarer Weise die Situation der Contergangeschädigten dargelegt und ferner aufgezeigt, dass ein auch politischer Handlungsbedarf besteht, Ihre Situation zu lindern. Seien Sie nicht nur meiner persönlichen Anteilnahme versichert, sondern auch meiner politischen Unterstützung.

Nicht nur ich, sondern auch alle meine Kollegen hier im Bundestag haben im Umfeld des fünfzigsten Jahrestages des Erstverkaufs und des zwischenzeitlich gesendeten ARD-Zweiteilers zahlreiche Schreiben zu diesem Thema erhalten. Meine Fraktion, die FDP-Bundestagsfraktion, hat aufgrund all dieser einen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums über die Situation der Contergangeschädigten angefordert. Dieser Bericht, der im Hinblick auf die Zuständigkeit für die Conterganstiftung federführend vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt worden ist, ist am 12. Dezember 2007 auf Wunsch der FDP im Gesundheitsausschuss diskutiert worden. Es hat sich herausgestellt, dass auch die Bundesregierung Handlungsbedarf sieht. Sie erkennt - und das ist zu begrüßen - an, dass die durch Spätfolgen eingetretenen bzw. noch zu erwartenden Schäden die im Laufe der Jahre mühsam erkämpfte Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen bzw. erheblich bedrohen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat, wie uns berichtet wurde, auf der Fachebene bereits Kontakt mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgenommen, um im Rahmen einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Lösungsmöglichkeiten für die auch von Ihnen geschilderten Probleme zu entwickeln - Probleme, die ja nicht zuletzt, wie von Ihnen dargelegt, in der unzureichenden finanziellen Versorgung der Betroffenen bestehen. Darüber hinaus soll der Versuch unternommen werden, die Firma Grünenthal GmbH - und durchaus auch andere Firmen der Arznei- und Pharmaindustrie - als Zustifter zu gewinnen, um auf diese Weise das finanzielle Volumen der Stiftung so zu erhöhen, dass die durch Spätfolgen verursachten Beeinträchtigungen der Betroffenen finanziell gemindert werden können.

Die FDP wird diese Bestrebungen der Ministerien auch durch weitere Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen begleiten und in den anstehenden Gesprächen deutlich machen, dass sie es für wichtig und geboten erachtet, im Sinne der Betroffenen rasch zu einer gerechten Lösung zu kommen.

In Ihrem Schreiben kritisieren Sie unter anderem auch, dass die Firma Grünenthal bislang die durch das von ihr vertriebene Medikament entstandenen Schäden sozialisiere, indem sie weitere Entschädigungsleistungen an die Opfer verweigere. Es gibt gewiss gute Gründe, das Verhalten des Unternehmens, sowohl was die Übernahme der finanziellen Verantwortung als auch was das Gespräch mit den Betroffenen betrifft, sehr kritisch zu beurteilen. Ich glaube aber, dass es meine Aufgabe als Parlamentarier vor allem ist, für die Betroffenen eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen. Dazu rechnet auch, dass wir das Unternehmen

bewegen müssen, weitere Summen bereitzustellen. Dies aber gelingt m.E. nicht durch die öffentliche Anlage - so berechtigt sie auch sein mag -, sondern nur durch den notwendigen Dialog. Und das heißt zum anderen, dass der Staat sich auch nicht einfach hinter das Unternehmen zurückziehen darf, wenn dieses auch weiterhin nicht zahlen sollte. Aber es sollte uns eine gemeinsame überparteiliche Kraftanstrengung sein, das Unternehmen daran zu erinnern, dass ein Rückzug auf die reine Rechtslage in diesem Fall wenig statthaft ist.

Für den weiteren Dialog stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Bundeskanzleramt

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 08.01.2008

Sehr geehrter Herr .,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 29. November 2007, das am 10. Dezember 2007 im Bundeskanzleramt eingegangen ist, zu danken. Ihre Ausführungen und Ihre engagierten Bewertungen wurden hier aufmerksam aufgenommen.

Innerhalb der Bundesregierung ist für die von Ihnen angesprochene Thematik das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin zuständig. Ihr Schreiben habe ich daher an das Ressort mit der Bitte um Prüfung und direkte Beantwortung weitergeleitet.

Dr. Margrit Wetzel MdB

Sehr geehrter Herr Sachse,

haben Sie vielen Dank für Ihr umfangreiches Schreiben vom 03. Januar, in dem Sie die soziale Situation von Contergan-Geschädigten, die auch Ihre eigene ist, schildern.

Seit sich die Markteinführung des Medikaments der Firma Grünenthal erst kürzlich zum 50. Mal jährte, sind der damalige Skandal, die zweifellos unbefriedigende damalige rechtliche Aufarbeitung und die daraus folgenden Lebensumstände der Contergan-Geschädigten wieder etwas in die öffentliche Diskussion gerückt.

Dennoch muss ich eingestehen, dass ich als Verkehrspolitikerin nicht so im Thema stehe, dass ich Ihnen konkret und detailliert Auskunft geben könnte. Ich habe daher Ihr Schreiben an die zuständigen Kolleginnen der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend weiter geleitet.

Wie ich von unseren Experten aus der Facharbeitsgruppe erfahren konnte, wird die Frage einer Verbesserung der Lebenssituation der Contergan-Betroffenen derzeit diskutiert. Bereits im Dezember und auch nächste Woche steht das Thema - sicher nicht abschließend - auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ich hoffe sehr, dass recht bald - auch unter Einbeziehung der verantwortlichen Firma Grünenthal - eine angemessene Lösung gefunden werden kann.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Margrit Wetzel MdB